



Union of European Federalists
Union Européen Fédéralistes
Union des Fédéralistes Européens

Für ein föderales Europa: Souverän, demokratisch und sozial

*Manifest der Europäischen Föderalisten
für die Wahlen zum Europäischen Parlament*



**I CHOOSE
EUROPE**

Für ein föderales Europa: Souverän, demokratisch und sozial

Wir wollen ein Europa, das seinen Versprechungen und seinen bisherigen Errungenschaften gerecht wird, indem es in diesem entscheidenden Moment einen Schritt nach vorne tut. Ein Europa, das den Mut besitzt, der gegenwärtigen politischen Sackgasse zu entkommen und den politischen Widerstand der Egoisten und Nationalisten zu überwinden. Ein Europa, das es den Mitgliedstaaten ermöglicht, sich in ihrem Tempo zu integrieren, vorangehend, oder sich zurückziehend ohne zu blockieren. Ein Europa, das „Nein“ zu nationalen Vetos und „Ja“ zur Wahlfreiheit der einzelnen Völker und Staaten sagt. Ein Europa, das sich selbst die Möglichkeiten gibt, den Erwartungen seiner Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden.

Auch nach mehr als sechs Jahrzehnten bleibt die Europäische Union ein einzigartiges Projekt des Friedens und des Wohlstands, basierend auf einem Bekenntnis zu liberaler Demokratie, Menschenrechten, Solidarität und Rechtsstaatlichkeit. Es bleibt das Produkt einer bitteren Vergangenheit und das Versprechen einer besseren Zukunft. Ein Versprechen, das auch für zukünftige Generationen gelten muss. In einem Europa, das langsam den Weg verliert, müssen wir den Kreislauf von Krisen und Flickschusterei durchbrechen. Wir brauchen eine frische Brise des Wandels, der ein festgefahrenes Europa zu neuen Horizonten führt. Und wir müssen reagieren, denn unsere liberale Demokratie und Solidarität wird von außen und von innen in Frage gestellt. Und die neuen Herausforderungen und neuen Trennlinien erschüttern die Grundlage unser gemeinsames Projekt und zwingen uns, neue und mutige Initiativen zu ergreifen.

Die Herausforderung. Die Europäische Union befindet sich heute in einer beispiellosen Krisensituation. Aus einer offen illiberalen politischen Agenda heraus streben wachsende nationalistische und antidemokratische Kräfte danach, die über Jahrzehnte der europäischen Einigung entstandenen Strukturen zu untergraben und zu demontieren um zur Illusion einer nationalen Souveränität zurückzukehren. Die externen Kräfte engagieren sich aktiv und arbeiten daran, den europäischen Zusammenhalt zu schwächen, um Spaltung und Unzufriedenheit in unseren Gesellschaften zu stiften.

Die Chance. Wir müssen diese existenzielle Herausforderung jetzt anerkennen, konfrontieren und bewältigen. Obgleich die Europäische Union ein Garant des

Friedens und Wohlergehens ihrer Bürgerinnen und Bürger war und ist, bleiben ihre Kompetenzen und Strukturen unvollständig und stellen ihre langfristige Stabilität in Frage. Die nächsten Europawahlen müssen daher der Moment werden, um mit dem politischen Projekt eines souveränen, geeinten und demokratischen Europas die Herzen und Köpfe der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen.

Die Antwort. Die Zeit ist reif für eine europäische Neugründung, reif für neue europäische Maßnahmen, um den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürgern gerecht zu werden: Europäerinnen und Europäer wünschen sich mehr Schutz, mehr Sicherheit und mehr Perspektiven. Die europäischen Institutionen müssen demokratisch legitimer, autonomer und effektiver in ihren Kompetenzbereichen werden. Alle politischen Kräfte, die sich den Idealen der Gründungsväter verpflichtet fühlen, sollten eine "Koalition der Willigen" bilden und einen nächsten Schritt in Richtung eines föderalen Europas machen. Ein föderales Europa bedeutet ein starkes, vereintes, demokratisches und soziales Europa, das die Erwartungen seiner Bürger an eine bessere Zukunft erfüllt. Ein föderales Europa ist ein Europa, das auf die Hoffnungen, Ängste und Bedürfnisse seiner Bürger zugeschnitten ist. Ein Europa, das die nationalen Identitäten und die kulturelle Vielfalt bewahrt, aber über die nötigen Befugnisse und Befähigungen verfügt, die zur Verteidigung und Förderung unserer Interessen und Werte in einer instabilen Welt erforderlich sind.

Ein föderales Europa ist ein Europa, das:

- sich zu neuen und wirksameren Maßnahmen zur Verteidigung und Förderung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte verpflichtet.
- eine effektivere, demokratischere und transparentere Entscheidungsfindung in der Eurozone entwickelt.
- eine kohärente und wirksame Einwanderungs- und Asylpolitik umsetzt.
- soziale Ungleichheiten bekämpft und neue Sozial- und Jugendinitiativen fördert.
- weltweit eine Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel und bei der Förderung der Nachhaltigkeit einnimmt.
- eine echte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Schlüsselbereichen und -themen fördert.
- sich mit finanziellen Mitteln ausstattet, die im Verhältnis zu seinen Ambitionen und Aufgaben stehen.
- effektiver, einfacher und demokratischer zu Entscheidungen kommt.

Der nächste Schritt. Im nächsten Europäischen Parlament müssen sich die proeuropäischen Kräfte zu einer Agenda für eine europäische Neugründung verpflichten. Sie müssen sich auch darauf vorbereiten, den Prozess der Reform der Verträge der Europäischen Union einzuleiten. Wenn sich nicht alle Mitgliedstaaten bereit erweisen, den qualitativen Schritt in Richtung einer föderalen Union zu gehen, sollten diejenigen, die es sind, den Weg für einen neuen Vertrag ebnen, der unterschiedliche Integrationsebenen innerhalb der EU vorsieht, unter klaren Bedingungen und unter Beibehaltung des derzeitigen Rahmens der Europäischen Union, ohne ein "Europa à la carte" und immer offen für den Beitritt anderer. Ein Europa der freien und demokratischen Wahl für Völker und Staaten.

Die UEF ruft alle politischen Kräfte, die die Notwendigkeit des Handelns erkennen und die die Vision eines Übergangs zu einer föderalen Union teilen, dazu auf, diese Leitprinzipien in ihre politischen Programme aufzunehmen.

VORSCHLÄGE FÜR DIE EUROPÄISCHE NEUGRÜNDUNG

Wir bitten die Mitglieder des neu gewählten Europäischen Parlaments um ihre Unterstützung dabei, diese Vorschläge zu unterstützen und eine rasche Reform der Verträge der Europäischen Union einzuleiten.

1

Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion

Die Eurozone feiert ihr 20-jähriges Bestehen. Während sich die Märkte integrieren, bleibt die erwartete Konvergenz unserer Volkswirtschaften aus. Die Eurozone muss widerstandsfähiger und demokratischer werden.

Wir wollen:

- die Vollendung der Bankenunion zur Gewährleistung der Finanzstabilität, einschließlich eines europäischen Einlagensicherungssystems und eines demokratisch gesteuerten Europäischen Währungsfonds;
- einen Haushalt für die Eurozone, der von einem Eurozonen Finanzministerium verwaltet, aus echten Eigenmitteln finanziert wird und groß genug ist, um zur makroökonomischen Stabilisierung beizutragen;
- die Einführung von Stabilisierungs- und Solidaritätsinstrumenten, wie beispielsweise eines europäischen Arbeitslosenrückversicherungssystems;
- wirksame Regeln zur Vermeidung von Verschuldung in Wachstumsphasen bei gleichzeitiger Einführung von Solidaritätsinstrumenten;
- eine starke exekutive Rolle für die Kommission und die volle Mitentscheidungsbefugnis des Europäischen Parlaments auch bei der Festlegung eines solchen Haushalts der Eurozone und seiner Finanzierung;
- Nach einem Jahrzehnt meist kurzfristiger Lösungen benötigt die Eurozone dringend neue Instrumente, um zu ihrer makroökonomischen Stabilisierung, Konvergenz und Solidarität beizutragen. Die Eurozone muss zum Kern eines starken, geeinten, demokratischen und sozialen Europas werden, das als globale Wirtschaftsmacht auf der internationalen Bühne agieren kann.

2 Umsetzung einer kohärenten europäischen Einwanderungs- und Asylpolitik

Anhaltende Uneinigkeit über die Einwanderungspolitik und ihre ineffektive und ungerechte Umsetzung stellen sowohl die Fähigkeit Europas in Frage, mit anhaltenden Migrationsbewegungen umzugehen, als auch seinen gemeinsamen Werten und internationalen Verpflichtungen nachzukommen.

Wir treten für eine europäische Einwanderungs- und Asylpolitik ein, die auf Solidarität, gerechter Aufteilung der Verantwortung und auf der Achtung der Menschenrechte beruht, und fordern:

- die Ersetzung der Dublin-Verordnung durch ein faires europäisches Asylsystem sowie die Schaffung eines europäischen Flüchtlingsstatus und eines europäischen humanitären Visums;
- die Schaffung legaler Wege für die Wirtschaftsmigration und die Entwicklung einer wirksamen Integrationspolitik;
- die Reform der Visapolitik der Europäischen Union, um eine wirksame Gegenseitigkeit zu gewährleisten und den legalen Personenverkehr zu erleichtern;
- die Entwicklung einer starken gemeinsamen europäischen Migrationspolitik zur Förderung globaler Migrationslösungen, die sich auf Möglichkeiten zur regulären Migration und zur gemeinsamen Verantwortung konzentriert und die Achtung der Menschenrechte und der gemeinsamen Verantwortung gewährleistet;
- eine europäische Grenzschutzbehörde, um die Außengrenzen der Europäischen Union effektiv zu managen;
- eine europäische Rückkehrpolitik im Einklang mit den Menschenrechtsverpflichtungen und begleitet von Maßnahmen zur Wiedereingliederung;
- angemessene europäische Mittel zur Finanzierung der oben genannten Instrumente.

Da die Einwanderung in allen Mitgliedstaaten nach wie vor Anlass großer Sorge von Bürgerinnen und Bürgern ist, wird Europa durch eine gemeinsame Antwort stärker werden.

3

Entstehung einer starken gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik

Außen- und Sicherheitsfragen bleiben zwischenstaatliche Politikbereiche, in denen Regierungsvertreter und Staatsoberhäupter ein Vetorecht in allen Fragen behalten. In Anbetracht der schwindenden Allianzen Europas und der zunehmenden Bedrohungen in der Welt muss sich dies ändern.

Wir setzen uns für eine starke Außen- und Sicherheitspolitik ein und fordern:

- eine Europäische Union, die die notwendigen Schritte unternimmt, um die kürzlich eingeführte permanente strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) auf den Weg zu einer Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsunion zu führen;
- eine Europäische Union, die ihre Werte in der globalisierten Welt vertritt, die ihre Rolle bei der zivilen Konfliktverhütung, der Krisenbewältigung und der Stabilisierung nach Konflikten weiterentwickelt und der Kommission die Verantwortung für Katastrophenschutz, Rettung und Hilfe bei internationalen Naturkatastrophen überträgt;
- gemeinsame Beschaffungs- und Forschungsinvestitionen für Verteidigungsgüter und -ausrüstungen zur Förderung der Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit der technologischen und industriellen Basis der europäischen Verteidigungsindustrie;
- ein demokratisches und transparentes System bei der Beschlussfassung über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch Einführung der Mehrheitsentscheidung, durch Ernennung eines Kommissars für Verteidigung und Sicherheit und durch die Möglichkeit, dass das Parlament auf Vorschlag der Europäischen Kommission auf gleicher Augenhöhe mit einem Rat der Verteidigungsminister (unter dem Vorsitz des Hohen Vertreters) über alle Aspekte der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammenarbeitet.

Auf dem Weg vom derzeitigen zwischenstaatlichen System zu einer eigenständigen Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsunion wird Europa eine gemeinsame Stimme finden, um die Flut von Ohnmacht, Untätigkeit, Isolation und Instabilität aufzuhalten.

4

Finanzierung eines europäischen Haushalts aus europäischen Mitteln

Der europäische Haushalt hängt vollständig von den Beiträgen der Mitgliedstaaten ab. Wir befürworten den Übergang zu einem weitgehend unabhängigen europäischen Haushalt, der aus europäischen Mitteln finanziert wird.

Die EU sollte das Recht haben, Steuern auf grenzüberschreitende Tätigkeiten zu erheben, die alle Europäerinnen und Europäer betreffen, und zwar in Bereichen, in denen nur Europa eine effiziente und gerechte Besteuerung erreichen kann, wie beispielsweise bei multinationalen Unternehmen, digitalen Produkten, Finanztransaktionen, Kohlendioxidemissionen oder der Verwendung von Kunststoff.

Die Aufstockung der europäischen Mittel für einen europäischen Haushalt wird es der EU ermöglichen, die Kosten für alle in Ressourcen zum Wohle aller umzuwandeln.

5 Kampf gegen den Klimawandel

Ein neuer Europäischer Pakt gegen den Klimawandel kann das neue, begrenzte und entscheidende Projekt für eine europäische Neugründung sein, das die gleiche Rolle spielen kann wie Kohle und Stahl im letzten Jahrhundert. Wir unterstützen das Projekt zur Entwicklung einer Europäischen Klimabank als Zweigniederlassung der Europäischen Investitionsbank (EIB), um den ökologischen Übergang in Europa zu unterstützen, wobei wir auf den bisherigen Erfahrungen der EIB in anderen Sektoren aufbauen und nationalen und privaten Finanzierungsmöglichkeiten offen stehen.

Um den Übergang zu einer nachhaltigen und vollständig umweltfreundlichen Wirtschaft zu fördern, fordern wir die Europäische Union auf:

- einen Plan zur schrittweisen Einstellung der Verwendung fossiler Brennstoffe zu entwickeln, einschließlich der Einstellung der Subventionen für die fossile Industrie im Einklang mit den Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen;
- Einführung einer CO₂-Steuer;
- Investitionen auf nachhaltige erneuerbare Energien auszurichten;
- Förderung der Energieeffizienz;
- verbindliche Emissionsminderungsziele festzulegen;
- Maßnahmen zur Minimierung von Kunststoffabfällen zu ergreifen;
- eine europaweite öffentliche Debatte zur Einführung neuer Regeln für den ökologischen Wandel zu fördern;
- Förderung von "grünen Arbeitsplätzen".

6

Demokratische und effektive europäische Entscheidungsfindung: ein föderales Europa

Derzeit bleiben die Mitgliedstaaten die “Herren der Verträge” und die meisten Entscheidungen müssen oder werden traditionell im Konsens getroffen. Das Einstimmigkeitssystem, kombiniert mit dem Fehlen von Trennung und mangelnden Befugnissen, behindert eine reaktionsschnelle, transparente, legitime und verantwortliche Entscheidungsfindung.

Wir plädieren für einen Übergang zu einem föderalen System:

- Die Kommission - mit einer reduzierten Anzahl an Kommissaren - sollte das einzige Exekutivorgan, nämlich die Regierung der Europäischen Union, werden;
- Das Parlament sollte in allen Fragen dem Ministerrat gleichgestellt sein und so als Gesetzgeber der Europäischen Union gemeinsam handeln;
- mindestens ein Teil der Mitglieder des Europäischen Parlaments ab 2024 sollte in transnationalen Listen in einem einzigen europäischen Wahlkreis gewählt werden, um echte europäische politische Parteien und Bewegungen zu fördern und die demokratische Wahl der Bürger zu stärken;
- Der Europäische Rat sollte nur hochrangige repräsentative und politische Leitungsfunktionen wahrnehmen.

Angesichts eines globalen Anstiegs des Protektionismus und eines Rückgangs der demokratischen Werte verfügt nur ein föderales Europa über die Hebelkraft, um in einer zunehmend interdependenten Welt eine Vorreiterrolle zu übernehmen.


Union of European Federalists

+32 (0)2 508 30 30


secretariat@federalists.eu

www.federalists.eu

#IChooseEurope

 European Federalists

 @federalists

 european_federalists

#ToFedEU